

# Protokolleintrag vom 01.02.2006

2006/47

## Interpellation von Balthasar Glättli (Grüne) vom 1.2.2006: Stadtpolizei, Ausrüstung mit Deformationsmunition

Von Balthasar Glättli (Grüne) ist am 1.2.2006 folgende *Interpellation* eingereicht worden:

Medienberichten zu Folge (u. a. „Der Bund“ vom 24.1.06) strebt die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen KKJPD nach vergeblichen Versuchen von 1986 und 2001 erneut an, die flächendeckende Ausrüstung der Polizei mit Deformationsmunition durchzusetzen. Die von der Schweiz mitunterzeichnete Haager Konvention verbietet übrigens den Einsatz solcher Munition im Kriegsfall.

Exponenten der KKJPD beziehen sich bei ihrer Forderung u. a. auf angeblich positive Erfahrungen in Deutschland, wo diese Munition leider im ganzen Polizeidienst eingeführt worden, die Zahl der Todesschüsse zum Glück aber nach wie vor niedrig geblieben ist. Es gab allerdings einige Fälle, bei denen sich die Frage stellte, ob die Opfer überlebt hätten, wenn mit konventioneller Vollmantelmunition geschossen worden wäre. Das grundsätzliche Problem, dass solche Situationen vor allem in der Alltagstätigkeit der Polizei vorkommen, hat sich auch in Deutschland mit der neuen Munition nicht verändert. Die Ausrüstung mit anderer Munition hat allenfalls Auswirkungen auf die Folgen, aber nicht auf die Situation der Anwendung. So ist auch die Zahl der total abgegebenen Schüsse pro Jahr immer etwa gleich geblieben, wie die Statistik der Innenministerkonferenz zum polizeilichen Schusswaffengebrauch in Deutschland für 2004 (2003) belegt: Schüsse auf Personen 63 (44), dabei verletzte Personen 23 (23), getötete Personen 10 (3), Schüsse auf Tiere 5769 (5440); Schüsse auf Sachen 12 (27), Warnschüsse 72 (99).

Auch die Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte FMH zeigt sich immer wieder besorgt gegenüber neuer Munition, die nicht vollständig heilbare Verletzungen herbeiführt oder bei welcher mit einer Zunahme von lebensbedrohenden Verletzungen bzw. mit einer Zunahme der Verletzungsgefahr unbeteiligter Dritter gerechnet werden muss.

1. Teilt der Stadtrat die Bedenken der FMH und ist er bereit, sich beim Kanton so wie in den entsprechenden kantonsübergreifenden (Polizei-)Gremien gegen eine flächendeckende Anschaffung einzusetzen? Wenn nein, weshalb nicht?
2. Verfügt die Stadtpolizei über eine Auswertung der Fälle polizeilichen Schusswaffengebrauchs und der entsprechenden Situationen (Alltagssituationen, geplante Einsätze, Einsätze der Sondereinheit etc.), in denen die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch machte? Falls ja, wie sieht diese Statistik aus?
3. Wieviele Schüsse hat die Stadtpolizei seit 2001 abgegeben, wieviel davon zur Warnung, wieviele auf Menschen, auf Sachen (z. B. Autos), auf Tiere und wieviele Schüsse gingen fehl resp. hätten Dritte treffen können? In wievielen Fällen wurden Menschen verletzt oder getötet?
4. Wieviele Polizeibeamte wurden im gleichen Zeitraum von Straftätern mit Schusswaffen bedroht, verletzt oder getötet?
5. In welchen Fällen hätten sich die Situation und die Folgen des Schusswaffeneinsatzes grundsätzlich anders dargestellt, wenn die Polizei bereits mit Deformationsmunition ausgerüstet gewesen wäre?
6. Ist der Stadtrat bereit, dem Gemeinderat den von der KKPJD bei den Polizeikommandanten bestellten Bericht (u. a. Klärung von technischen Fragen) vorzulegen? Wenn nein, weshalb nicht?